

Strukturierter Dialog



Dialogkonferenz Bregenz: Gemeinsame Empfehlungen

Wie kann man die politische Beteiligung junger Menschen steigern? Wie können Jugendliche politisch besser mitmischen? Dies waren zentrale Fragen bei der Dialogkonferenz, die vom 9. bis 11. September 2015 in Bregenz stattfand.

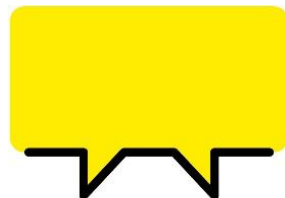
Rund 70 Jugendliche und junge EntscheidungsträgerInnen aus vier österreichischen Bundesländern und Südtirol arbeiteten drei Tage lang zum Thema „Jugendbeteiligung voranbringen“. Gemeinsam wurden konkrete Projekte und Empfehlungen zum Empowerment junger Menschen und zur politischen Partizipation entwickelt.

Die Empfehlungen richten sich an alle politischen EntscheidungsträgerInnen, die in ihren Wirkungsbereichen die Beteiligung Jugendlicher strukturell verbessern können.

Die beteiligten Landesjugendreferate sowie das Bundesministerium für Familien und Jugend werden die entwickelten Themen und Ideen weiter unterstützen. Sie haben sich bereits mit einem Beschluss der LandesjugendreferentInnenkonferenz vom 30. April 2015 dazu bereit erklärt, dafür Partnerschaften zu übernehmen.

Im Vorfeld der Dialogkonferenz fand ein mehrmonatiger Diskussions- und Beteiligungsprozess im Rahmen des Strukturierten Dialogs statt. Dadurch wurden in Österreich, genauso wie in allen anderen EU-Ländern, die Meinungen, Vorschläge und Forderungen junger Menschen zum Thema Empowerment und Beteiligung zusammenzutragen.

Auf den folgenden Seiten finden sich die sieben gemeinsamen Empfehlungen.



Strukturierter Dialog

I. Um Jugendbeteiligung auf lokaler Ebene voranzubringen, ...

- sollen in Jugend(förderungs)gesetzen klare Empfehlungen zu struktureller Beteiligung junger Menschen stehen.
- sollen sich Gemeinden zur Entwicklung und Umsetzung einer Jugendbeteiligungsstrategie verpflichten und beispielsweise eine/n Beteiligungsbeauftragte/n ernennen oder andere geeignete Instrumente beschließen.
- sollen Gemeinden sicherstellen, dass Informationen und Ausschreibungen zur Beteiligung offen und breit gestreut werden und Unterstützungsangebote bereitstehen.
- müssen von politischer Seite Ressourcen für niederschwellige Jugendbeteiligung zur Verfügung gestellt werden.
- braucht es objektive, langfristige und vergleichende Forschung zu Jugend & Beteiligung in Österreich und eine breite und transparente Kommunikation der Ergebnisse.
- müssen sich PolitikerInnen (national, regional, lokal) die notwendigen Kompetenzen aneignen können um mit Jugendlichen in einen konstruktiven Dialog zu treten.
- sollen Jugendliche als Gruppe direkt in Gemeindeentwicklungsprozesse einbezogen werden. Die Förderrichtlinien für solche Prozesse sollen dies als notwendige Voraussetzung beinhalten.

Konkret heißt das, ...

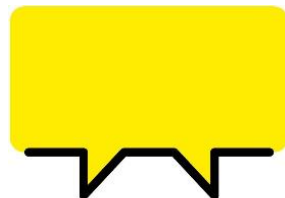
- dass beim Bau eines Hallenbads Jugendliche als Zielgruppe schon im Planungsstadium, also von Anfang an, einbezogen werden.
- dass Weiterbildungen für PolitikerInnen angeboten werden sollen, wie Jugendbeteiligung innovativ und erfolgreich erlebt und umgesetzt werden kann.

II. Um Beteiligung an Schulen einen Schritt voranzubringen, ...

- sollen neue Formen der politischen Bildung etabliert und unterstützt werden, die Lernfelder für Mitgestaltung eröffnen. Dadurch werden SchülerInnen in der Entwicklung ihrer Potenziale unterstützt und können die Chance auf ein gutes Leben (für sich und in der Gesellschaft) nutzen!

Konkret heißt das, ...

- dass die Landesschulräte eine stärkere Vernetzung zwischen Klassen- und SchulsprecherInnen forcieren sollen, um die Bedeutung der SchülerInnenvertretungen zu erhöhen. Veranstaltung wie ein Klassensprecher-Landestag können dazu beitragen.
- die Kooperationen zwischen Schule, Gemeinde und offener Jugendarbeit zu fördern.
- neue Formen wie BürgerInnenräte, Workshops, World Cafés, Vertiefungskurse etc. zu fördern und etablieren.



Strukturierter Dialog

- dass politische Bildung im Unterricht verankert werden muss und dafür die pädagogische LehrerInnenausbildung das nötige inhaltliche und methodische Fachwissen zu Politik und Beteiligung stärker vermitteln soll.

III. Um Informationen über politische Themen und Mitgestaltungsmöglichkeiten für Jugendliche in qualitätsvoller, verständlicher, möglichst unparteiischer/neutraler Weise bereitzustellen, ...

- sollen Schulen, Gemeinden, offene Jugendarbeit und anderen zivilgesellschaftliche Organisationen stärker kooperieren. Dafür müssen Ressourcen bereitgestellt werden.
- müssen Informationen zu Politik und Beteiligung auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene gleichermaßen transportiert werden.
- sollen Jugendliche darin unterstützt werden, eigenverantwortlich und aktiv nach bestehenden Angeboten zu suchen.

Konkret heißt das, ...

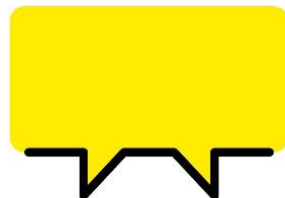
- Austausch- und Informationsmöglichkeiten via Email, Facebook oder Handy-Apps zu fördern.
- qualitätsvolle, neutrale, jugendgerechte Informationen über Politik und Mitgestaltungsmöglichkeiten im Unterricht zu transportieren. Dabei ist wichtig, unterschiedliche Meinungen gelten zu lassen und verschiedene Sichtweisen auf ein Thema darzulegen.
- besagte Information von Jugendlichen im Sinne der Partizipation (mit-)entwickeln zu lassen.
- dass die Jugendinfos/BÖJI bereits bestehende Angebote (z.B. Akzente, jugendportal.at) besser bewerben und den Zugang dafür möglichst niederschwellig gestalten sollen.

IV. Um die Demokratie in Österreich zu stärken, ...

- sollen die Bundesländer und Jugendorganisationen alternative Formen des politischen Engagements junger Menschen anerkennen und besser nutzen, um Debatten und Entscheidungsprozesse zu bereichern.
- sollen Bundesländer und lokale oder regionale Behörden die Einrichtung und Stärkung von lokalen und regionalen Jugendgremien oder Jugendplattformen unterstützen. Diese sollten offen, inklusiv und nachhaltig aufgebaut sein, um jungen Menschen unabhängig von ihrer Herkunft die Möglichkeit zur Partizipation zu bieten und ihre Einbeziehung in politische Entscheidungsprozesse zu ermöglichen.

Konkret heißt das, ...

- beispielsweise verstärkt auf das Format BürgerInnenräte zu setzen.



Strukturierter Dialog

- künstlerische und kreative Ausdrucksformen von Politik zu fördern.
- Landesjugendbeiräte zu stärken, da diese ein wichtiger Kanal für Jugendanliegen auf Landesebene sein können. Die Regelungen für Besetzung (aus offener und verbandlicher Jugendarbeit), Funktion (nicht nur beratend) sowie eine definierte verbindliche Zusammenarbeit mit Verwaltung und Politik (z.B. Formen, wer und wo die Anliegen verbindlich bearbeitet) sollen verbessert und vereinheitlicht werden.

V. Um Jugendbeteiligung für alle Engagierten einen Schritt voran zu bringen, ...

- braucht es attraktive, langfristige und regelmäßige Vernetzungsmöglichkeiten zwischen Jugendlichen, die sich ehrenamtlich/freiwillig engagieren, um Anliegen gemeinsam zu identifizieren und gemeinsam umzusetzen.
- soll eine gemeinsam erarbeitete Beteiligungsvereinbarung zwischen Jugend & EntscheidungsträgerInnen auf allen Ebenen entstehen.

Konkret heißt das, ...

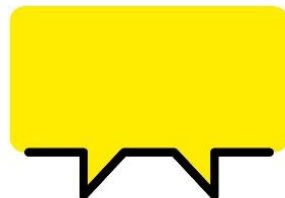
- ein Netzwerk zu schaffen, in dem die vielen jungen, engagierten Freiwilligen zusammenkommen können. Dieses Netzwerk muss auch jenen zur Verfügung stehen, die nicht Mitglied einer Jugendorganisation sind, um hier verstärkt unverbindliche Angebote zu schaffen.
- dass Jugendbeiräte (auf Landesebene) darin eine zentrale Rolle einnehmen können und beispielsweise jährliche Aktionstage zur Vernetzung aller engagierten Jugendlichen durchführen.

VI. Um Jugendbeteiligung in (Jugend-)Organisationen einen Schritt voranzubringen, ...

- sollen Organisationen Bedingungen schaffen, um Jugendliche strukturell gut einzubinden.
- braucht es bundesweit einheitliche Standards in der Ausbildung von JugendleiterInnen, um Qualität, Fairness und Mobilität zu gewährleisten. Das in einem Bundesland Gelernte gilt somit auch in einem anderen Bundesland. Vereinheitlichung soll dort stattfinden, wo diese sinnvoll ist und Jugendlichen einen Vorteil verschafft.

Konkret heißt das, ...

- beispielsweise, dass die Ausbildung in der Jugendfeuerwehr bundesweit vereinheitlicht werden soll und die Vernetzung über die Bundesländergrenzen hinweg gestärkt werden soll.



Strukturierter Dialog

VII. Als Basis für eine vielfältige Gesellschaft, in der Jugendbeteiligung möglich ist, ...

- müssen Initiativen gegen jegliche Form der Diskriminierung (Antisemitismus, Antiziganismus, Extremismus, Gewalt, Hass, Hetze, Homophobie, Islamophobie, Rassismus, Rechtspopulismus und Sexismus) gefördert werden.
- müssen zur Förderung von Zusammenarbeit und Inklusion die notwendigen finanziellen Ressourcen nachhaltig zur Verfügung gestellt werden.

Konkret heißt das, ...

- einen größeren Geldbetrag für die Durchführung von konkreten Maßnahmen, beispielsweise eine Tour durch Gemeinden, Wanderausstellungen, Plakatkampagnen für Vielfalt zur Verfügung zu stellen.
- dass die BJV das *nohatespeechmovement* (eine Initiative des Europarats) in ihren Arbeitsprozess integriert.

Weitere Infos, Fotos und Berichte der Dialogkonferenz sowie Folgeprojekte sind auf unserer Website bereitgestellt:

www.strukturierter-dialog.at

Die folgenden Institutionen stehen hinter dem Strukturierten Dialog:

